

Seite: 1 bis 3
 Mediengattung: E-Paper
 Jahrgang: 2023

Nummer: 038
 Auflage: 997 (gedruckt)¹

¹ Verlag 01/2021

„gat“ erfindet sich als Wasserstoff-Tagung neu

Der jüngste gat-Kongress in Köln beschäftigte sich nahezu ausschließlich mit dem Thema H2 und damit, welche Rolle der dekarbonisierte molekulare Energieträger in Zukunft vor allem im Verteilnetz spielt.

Von Heiko Lohmann Am 6. und 7. September fand die gat in Köln statt. Der etwas altmodische volle Namen lautet „gasfachliche Aussprachetagung“. Die sehr traditionsreiche Veranstaltung des DVGW, des technischen Verbandes der Gas- und Wasserwirtschaft, fand 1962 zum ersten Mal als Mischung aus Kongress und Ausstellung statt. Branchenvertreter rümpfen heute manchmal die Nase, wenn man erzählt, man fahre zur gat, die Veranstaltung sei doch etwas verstaubt. Das ist durchaus ungerecht, da auf der gat schon immer sehr praxisnah aktuelle Themen der Gaswirtschaft aus Netzperspektive diskutiert wurden. In diesem Jahr hat sich die gat quasi als „wat – wasserstofffachliche Aussprachetagung“ neu erfunden. Der Name „wat“ ist allerdings schon seit 1948 für die Schwesterveranstaltung der gat, die „wasserfachliche Aussprachetagung“, belegt. Die gesamte gat beschäftigte sich im Kongressteil praktisch ausschließlich mit dem Thema Wasserstoff und damit, welche Rolle dieser dekarbonisierte molekulare Energieträger in Zukunft vor allem im Verteilnetz spielt.

Gasnetzbranche zeigt sich teils erleichtert über Graichens Abgang
 Ein bisschen wirkt wohl noch die Ansage des damaligen Staatssekretärs im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), Patrick Graichen, auf einer Konferenz im Frühjahr 2022 nach. Er kündigte damals an, dass die Gasverteilnetze in einer dekarbonisierten Welt weitgehend überflüssig seien. Graichen ist als Staatssekretär mittlerweile Geschichte, in vielen Beiträgen auf der gat war durchaus Erleichterung darüber zu hören. Und auch die Aussage, seit Graichen nicht mehr Staatssekretär ist, sei die Bereitschaft im BMWK gestiegen, den Argumenten der Branche zumindest zuzuhören. Konkretes Beispiel dafür ist – so die Einschät-

zung vieler Kongressteilnehmer – die Entwicklung bei der Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG). Den ersten Entwurf verantwortete noch Graichen. Er selbst betonte die Technologieoffenheit des Ansatzes, und Wasserstoff war auch unter bestimmten Bedingungen als Erfüllungsoption zugelassen. Aber diese Bedingungen waren so restriktiv, dass nach im Grunde übereinstimmender Einschätzung aller Branchenvertreter Wasserstoff im Wärmemarkt keine Rolle gespielt hätte.

H2-Einsatz laut finalem Heizungsgesetz-Beschluss nun immerhin möglich
 Mit der Version, die am 9. September im Bundestag verabschiedet wurde, wird Wasserstoff zwar nicht zu einer zentralen Erfüllungsoption im Wärmemarkt, aber wenn auf der lokalen Ebene die kommunale Wärmeplanung Voraussetzungen schafft, ist ein Einsatz immerhin möglich. „Ich freue mich, wenn das GEG in der aktuellen Version verabschiedet wird“, zeigte sich DVGW-Präsident Jörg Höhler, im Hauptberuf Vorstandsmitglied des Wiesbadner Energieversorgers ESWE, schon fast euphorisch. Im Dialog mit Marie-Luise Wolff, der Vorstands-Chefin der entega in Darmstadt und Präsidentin des BDEW, betonte er, die gute Zusammenarbeit der beiden Verbände bei der Überzeugungsarbeit gegenüber der Politik in Sachen Anpassung des GEG. Im Gespräch steckten die Beiden – dies am Rande – noch ein bisschen die Claims bei der Aufgabenverteilung der Verbände ab. Der DVGW sei in erster Linie für die Regelsetzung verantwortlich, und der BDEW habe die Nähe zur Politik. So klar haben sich die Beiden in der Vergangenheit nicht demarkiert. Die Begeisterung für das neue GEG und die Öffnung auch für Wasserstoff im Wärmemarkt hält Höhler nicht davon ab, bei der Wärmeplanung in Wiesbaden eher

auf Fernwärme zu setzen. Die gesamte Innenstadt soll auf die Nutzung von Fernwärme umgestellt werden. 70 Kilometer Fernwärmerohre sollen bis 2045 in Wiesbaden neu verlegt werden. Wirtschaftlich wird dieses Unterfangen nur, wenn die Stadt hilft und mit einem Anschluss- und Benutzungszwang dafür sorgt, dass 100 Prozent der Haushalte an diese neuen Fernwärmeversorgung angeschlossen werden. Auf die Frage aus dem Publikum, warum denn die Option Fernwärme gewählt wird und Wasserstoff in der innerstädtischen Versorgung keine Rolle spielt, obwohl der Anschluss an das geplante Wasserstofffernleitungsnetz vermutlich schnell erfolgen wird, argumentierte Höhler mit dem hohen Wasserstoffbedarf der Industrie in der Region. Ganz so euphorisch wie Höhler reagierten nicht alle Konferenzteilnehmer und Redner auf das GEG. Wolff nannte es gut, dass der Ball Wärmewende jetzt im Feld liege. Die Diskussion um das GEG sei nur ein Vorgeschmack gewesen, was bei der Umsetzung noch kommen werde. Das GEG sei endlich geschafft, sagte der DVGW-Vorstandsvorsitzende Gerald Linke auf einer Pressekonferenz anlässlich der gat. „Das ‚endlich‘ ist Ausdruck der Gemütslage unserer Mitglieder“, betonte er und sieht durchaus Nachbesserungsbedarf. Aber das Gesetz schaffe Rechtssicherheit und Wasserstoff sei eine sozialverträgliche Lösung für die Heizungssysteme.

Durchaus zurückhaltender bezüglich der Zukunft der Verteilnetze war auch die Vizepräsidentin der Bundesnetzagentur, Barbie Haller. Ein Teil der Gasnetze wird stillgelegt werden, prognostizierte sie und sieht auch sehr klar die Aufgabe der BNetzA, dies durch eine Anpassung des Regulierungsrahmens zu unterstützen. Eine zunehmend geringere Auslastung von Verteilnetzen kann zu sprung-

haft steigenden Netzentgelten führen. Um dies zu verhindern, müsse man überlegen einen Teil der zukünftigen Kosten der Gasverteilnetze stärker in die Gegenwart zu verlagern, zum Beispiel durch eine Verkürzung der Abschreibungsdauern. Die zuständige BNetzA-Beschlusskammer 9 hat dies bisher nur in der Festlegung KANU für neue Netze eingeräumt. In den vergangenen Monaten sind eine ganze Reihe von Studien mit Vorschlägen veröffentlicht worden, wie man die Rahmenbedingungen so gestalten kann, dass eine Netzstilllegung ohne große Verwerfungen für Netzbetreiber und Netznutzer möglich wird. Auf der gat wurde das Thema nicht vertieft, Linke glaubt auch nicht an einen hohen Stilllegungsbedarf. Dies zeige auch der aktuelle Gasnetzgebietstransformationsplan (GTP) der DVGW-Initiative H2vorOrt. Auf den Plan wird noch zurückzukommen sein.

Barbie Haller: „Gas-Krise im Grunde noch nicht vorbei“

Haller war übrigens die Einzige, die in den zwei Tagen in Köln auch auf die aktuelle Situation in der Gasversorgung einging und betonte, die Krise sei im Grunde noch nicht vorbei. Deshalb begrüßte sie auch alle gesetzlichen Maßnahmen der Bundesregierung zur weiteren Stärkung der Versorgungssicherheit, wie die geplante Verlängerung der gesetzlichen Regelungen zu den Speicherefüllständen. Zudem betonte sie, zur Absicherung würden die LNG-Terminals an allen Standorten benötigt, also auch in Mukran, wo über die Stationierung von zwei schwimmenden Terminals heftig und mit harten Bandagen gestritten wird. Was Haller nicht erzählte, von der Behörde aber gegenüber den Medien bestätigt wurde: Am 21. September wird die BNetzA zusammen mit den Netz- und Speicherbetreibern sowie einigen Bundesländern in einer Übung die Prozesse zum Vorge-

hen in einer Gasmangellage testen. In diese Prozesse und ihre möglichst weitgehende Automatisierung durch die Abwicklung über eine digitale Sicherheitsplattform wurde in den letzten Monaten viel Arbeit gesteckt. Die BNetzA wird im Herbst auch wieder Versorgungssicherheitszenarien veröffentlichen.

Die Zeit für den Aufbau eines H2-Netzes drängt

Schnell gehen muss es, auch darüber herrschte auf der gat Einigkeit, beim Aufbau eines Wasserstoffnetzes. Bezüglich eines Kern-Netzes auf der Hochdruckebene sind die Rahmenbedingungen und Planungen relativ weit gediehen. Im Kabinettsentwurf für eine Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes vom 26. Mai dieses Jahres ist in dem neuen § 28r ein Wasserstoff-Kernnetz definiert. Im Juli hatten die Fernleitungsnetzbetreiber (FNBs) ihren Planungsstand für ein solches Netz präsentiert. Offen ist, ob die von den FNBs vorgeschlagenen 11.000 Kilometer Kernnetz schon das letzte Wort sind und wie der Aufbau des Netzes, das vor allem aus umgewidmeten Erdgas-Pipelines bestehen wird, zu finanzieren ist. Es bestehe bei dem Netz noch Optimierungsbedarf, sagte Haller dazu, und die Finanzierung hänge auch von der Größe des Netzes ab. Thomas Gößmann, Präsident des FNB Gas und Vorsitzender der Thyssengas-Geschäftsführung, betonte, man benötige eine Rendite, die Investitionen in Wasserstoffnetze auch für Investoren interessant mache. Wichtig ist zudem, dies ergänzte Kirsten Westphal, in der BDEW-Hauptgeschäftsführung für das Thema Wasserstoff verantwortlich, dann auch die Verteilnetze anzubinden. H2vorOrt, eine Initiative des DVGW in Kooperation mit dem VKU, leistet dafür mit dem Gasnetzgebietstransformationsplan (GTP) Vorarbeiten. Der GTP 2023 wurde nur wenige

Tage nach der gat präsentiert. 240 Verteilnetzbetreiber haben sich an dieser Planung beteiligt. Es gibt, so das Ergebnis der Befragung von Industrieunternehmen und Kommunen durch die Netzbetreiber, einen hohen potenziellen Bedarf an Wasserstoff in den Verteilnetzen. Schon vor 2030 könnten erste Umstellzonen in Deutschland vollständig hin zu Wasserstoff transformiert sein.

Wie schnell es denn bei Wasserstoff wirklich vorgeht, bleibt abzuwarten und hängt von den Rahmenbedingungen ab. Ungeduld bezüglich der Entwicklung war ein weiterer Punkt, der sich durch den gesamten Kongress zog. Westphal wies während der schon erwähnten Pressekonferenz darauf hin, dass Wasserstoff ein Standortfaktor sei und der Hochlauf jetzt schnell erfolgen müsse und integrierte Wertschöpfungsketten von der Erzeugung über den Transport und die Verteilung wichtig seien. Und nicht nur Sie mahnte an, die Genehmigung der Wasserstoff-IPCEIs (Important Projects of Common European Interest) müsse endlich kommen. Alle betroffenen Projektpartner warten seit rund zwei Jahren darauf. ThyssenKrupp hat rund 2 Milliarden Euro Fördermittel für die Umstellung der Stahlproduktion auf eine Direktreduktion erhalten (kein IPCEI-Projekt, aber gemäß den europäischen Beihilferichtlinien genehmigt). Vor Ende des Jahres, sagte der Leiter des Berliner Büros Gerrit Riemer, wird ThyssenKrupp den Wasserstoffbezug für eine erste Anlage ausschreiben. Damit ist zumindest ein konkreter Schritt absehbar. Aber es gibt auch lokale Initiativen, wie das Wasserstoffzentrum Hamm, das auf der gat vorgestellt wurde, um Wasserstoff zu produzieren.